

5. Widerstand gegen die Krisenpolitik

(Februar 2010–Februar 2011)

In diesem Kapitel untersuche ich die Protestperiode von Februar 2010 bis Februar 2011. Es handelt dabei um den ersten zielgerichteten Widerstand gegen die Krisenpolitik. Anders als bei der Dezemberbewegung 2008 wurden diese Proteste vorwiegend von Gewerkschaften und politischen Parteien organisiert. Erst gegen Ende des Jahres 2010 entstanden zunehmend neue Protestformen, die weitgehend ohne die Unterstützung dieser institutionalisierten Protestakteur*innen auskamen. In Abschnitt 5.1 führe ich in die Frühjahrsproteste 2010 ein, die in Reaktion auf die Ankündigung erster Krisenmaßnahmen initiiert wurden. In Abschnitt 5.2 skizziere ich den Inhalt der Krisenmaßnahmen ebenso wie die rechtswidrigen Bedingungen, unter denen die Krisenmaßnahmen verhandelt und implementiert wurden. Zudem diskutiere ich, gegen welche Grundrechte durch die Umsetzung der Maßnahmen verstößen wurde. In Abschnitt 5.3 nehme ich die Mai-Ereignisse 2010 in den Blick. Diese fanden kurz vor der Ratifizierung der Krisenmaßnahmen statt und stellten aufgrund ihrer gesellschaftlichen Breitenwirkung den Höhepunkt der Krisenproteste 2010 dar. In Abschnitt 5.4 zeige ich, wie sich die Proteste aufgrund verschärfter staatlicher Repressionsmaßnahmen, fehlender politischer Alternativen und begrenzter Protestrepertoires allmählich erschöpften. In Abschnitt 5.5 beschreibe ich, wie die Krisenproteste kurz vor der im Dezember 2010 erfolgten Umsetzung von Arbeitsmarktreformen erneut Schwung aufnahmen. In Abschnitt 5.6 stelle ich dar, wie zur Jahreswende 2010/11 zunehmend neue Protestformen ohne die Unterstützung von Gewerkschaften und Parteien entstanden. In Abschnitt 5.7 konstruiere ich den selbstorganisierten Widerstand von Einwohner*innen des Athener Vororts Keratea gegen den Bau einer Müllanlage. Dieser stand nicht in direktem Zusammenhang mit den Krisenprotesten, war aber eine wichtige Inspirationsquelle. In Abschnitt 5.8 skizziere ich die von Akteur*innen der sozialen Bewegungen geführten Debatten um die Besetzung öffentlicher Plätze.

5.1 Die Frühjahrsproteste 2010

Am 4. Oktober 2009 übernahm die PASOK unter Giorgos Papandreu (2009–2011) mit absoluter Mehrheit die Regierung. Bei den Parlamentswahlen punktete sie nicht nur mit ihrer Kritik an der Politik der Vorgängerregierung und deren Umgang mit den Dezemberprotesten 2008, sondern auch mit ihren Versprechen nach Ausgabenerhöhungen im Sozialbereich sowie der Einführung einer Reichensteuer (Aslanidis/Marantzidis 2016: 135). Kurz nach ihrer Regierungsübernahme musste die PASOK allerdings feststellen, dass sich Griechenland in einer finanziell äußerst desolaten Lage befand und die versprochenen Erhöhungen der Sozialausgaben nicht finanziert werden konnten. Ende Oktober 2009 korrigierte der damalige griechische Finanzminister Giorgos Papakonstantinou die Zahlen zur Staatsverschuldung, sodass ersichtlich wurde, dass das griechische Haushaltsdefizit weit über den von der ND-Regierung angegebenen 6 Prozent lag, nämlich bei 13 Prozent des BIP. Somit lag das Haushaltsdefizit weit über der Schuldengrenze der EU-Konvergenzkriterien von drei Prozent (Mussler/Hermann 2009; Wehr 2011: 65). Daraufhin stuften internationale Ratingagenturen im Dezember 2009 die Kreditwürdigkeit Griechenlands herab. Als die griechischen Banken im Januar 2010 ihre Kreditvergabe einstellten, folgte eine Welle der Kapitalflucht ins Ausland. Viele Menschen in Griechenland haben verängstigt ihre Ersparnisse von den Bankkonten ab. So geriet Griechenlands Schuldenproblem Anfang 2010 zunehmend in den Blickpunkt der globalen Öffentlichkeit (Wehr 2011: 61). Bei einem EU-Sondergipfel am 11. Februar 2010 wurde der griechische Ministerpräsident Papandreu von den EU-Vertreter*innen dazu aufgefordert, Strukturanpassungsmaßnahmen umzusetzen. Im Gegenzug sollte Griechenland Finanzhilfen von der EU erhalten, um den eigenen Staatsbankrott abzuwenden (Diani/Kousis 2014: 394; Kapsalis 2012: 4; Lanara 2012: 3).

Am 3. März 2010 kündigte die griechische Regierung daraufhin offiziell erste Reformmaßnahmen an. Bei den Maßnahmen, die rückwirkend vom 1. Januar 2010 gelten sollten, handelte es sich um Arbeitsmarktreformen sowie um die Anhebung der Mehrwertsteuer von 19 auf 21 Prozent (Psimitis 2011: 193–194; Wehr 2011: 75). Damit betrafen die Maßnahmen in besonderem Maße die mittleren und unteren Einkommensschichten und standen im deutlichen Gegensatz zu den von der PASOK angekündigten Wahlversprechen. Bereits ab Mitte Februar, also kurz vor der Ankündigung der Maßnahmen, fanden in Reaktion auf die bevorstehenden Sozialreformen erste Proteste statt. Am 10. Februar erfolgte ein erster 24-stündiger Generalstreik von öffentlich Beschäftigten. Am 24. Februar fand ein weiterer 24-stündiger Generalstreik statt, diesmal unter der Beteiligung von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und der Privatwirtschaft (Psimitis 2011: 194–195). Organisiert wurden die Generalstreiks und die damit verbundenen Demonstrationen¹ von den Gewerkschaftsdachverbänden des öffentlichen und privaten Sektors sowie von der parlamentarischen Linken² (Rüdig/Karyotis 2013: 316; Diani/

¹ Generalstreiks finden in Griechenland für gewöhnlich immer in Kombination mit Demonstrationen statt.

² Die parlamentarische Rechte, die ND und die Volksorthodoxe Bewegung (*Laikos Orthodoxos Synergimos*, kurz: LAOS) riefen ihre Anhänger*innen dagegen nicht dazu auf an den Protesten teilzunehmen (Rüdig/Karyotis 2013: 316).

Kousis 2014: 394; Kritidis 2014: 76). Anhand der Zusammensetzung der Generalstreiks zeigte sich deutlich, dass viele Berufsgruppen von den Krisenmaßnahmen betroffen waren. So beteiligten sich an einem weiteren 24-stündigen Generalstreik am 5. März 2010 neben Schul- und Hochschullehrer*innen auch Journalist*innen, Ärzt*innen und Angestellte des ÖPNV (Psimitis 2011: 194). Dabei verliehen einige Streikbeteiligte ihrer Wut über die bevorstehenden Reformen und über die Institutionen, die sie für die Umsetzung der Maßnahmen verantwortlich machten, deutlich Ausdruck und warfen den Gewerkschaftsdachverbänden einen gemäßigten Kurs sowie »die Spaltung der Streikbewegung« vor (Dreis 2010). So griffen einige Protestbeteiligte bei einer Demonstration in Athen den Präsidenten des GSEE Yiannis Panagopoulos verbal und physisch an. Bei der gleichen Demonstration griff die polizeiliche Sondereinheit für die Wiederherstellung der Ordnung (*Monada Apokatastasis Taksis*, kurz: MAT), den landesweit verehrten antifaschistischen Widerstandskämpfer und späteren SYRIZA-Politiker Manolis Glezos³ an und besprühte den damals 88-Jährigen aus kürzester Entfernung mit Tränengas (Dreis 2010).

Trotz der Ausschreitungen riss die große Beteiligung an Generalstreiks und Demonstrationen über den gesamten März 2010 hinaus nicht ab. Die Zahl der Protestbeteiligten stieg sogar stark an, was insbesondere damit zusammenhing, dass breite Teile der Gesellschaft von den angekündigten Maßnahmen betroffen waren (Malamatinas 2011: 21). So nahmen an einem Generalstreik am 11. März 2010 landesweit zwei Millionen Menschen teil (Dreis 2010). Allein in Athen beteiligten sich 200.000 Menschen am Generalstreik (Diani/Kousis 2014: 391). Viele dieser Protestbeteiligten folgten zwar den Aufrufen des GSEE und des Dachverbands der Gewerkschaften der öffentlichen Angestellten (*Anotati Diikisi Enoseon Dimosion Ipalilon*, kurz: ADEDY), allerdings liefen nur wenige von ihnen in den Demonstrationsblöcken der Gewerkschaftsdachverbände mit (Kanellopoulos et al. 2017: 108). Viele Demonstrant*innen bewegten sich unter den »Bannern von eigenen Gewerkschaften oder unter denen von KKE, SYRIZA« oder der infolge der Dezemberbewegung 2008 neu gegründeten ANTARSYA (Kanellopoulos et al. 2017: 108). Zudem gab es eine große Anzahl von Menschen, die »außerhalb der Partei- oder Gewerkschaftsblöcke« mitliefen (Kanellopoulos 2017: 108). Unter ihnen befanden sich vorwiegend junge, gut ausgebildete und prekär beschäftigte Menschen, die nicht gewerkschaftlich oder parteilich organisiert waren und vorher noch nie an Protesten teilgenommen hatten (Psimitis 2011: 195; Rüdig/Karyotis 2013: 314). Ihre Beteiligung in den Frühjahrsprotesten zeigte deutlich, wie sich die von sozialer Exklusion besonders stark bedrohte Kategorie der prekär Beschäftigten, seit dem Dezember 2008 ausgeweitet hatte und angesichts der bevorstehenden Krisenmaßnahmen, gefährdet war, »weiter an den gesellschaftlichen Rand, bzw. Abgrund gedrängt« zu werden (Malamatinas 2011: 16). In den Frühjahrsprotesten gelang es den Basisgewerkschaften⁴ viele

3 Manolis Glezos (1922–2020) gilt in Griechenland als Nationalheld. Während der Nazi-Besatzung Griechenlands holte er im Mai 1941, als 19-Jähriger, die Hakenkreuzfahne von der Akropolis und ersetzte sie durch die griechische Nationalfahne.

4 Die Zahl der Basisgewerkschaften war infolge der Dezemberproteste 2008 angestiegen und nahm ab Frühjahr 2010, im Zuge der Krisenpolitik und der damit verbundenen Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse, weiter zu (Kapsalis 2012:23-24; Karyoti 2012: 167).

dieser Menschen zu mobilisieren (Psimitis 2011: 195; Rüdig/Karyotis 2013: 320–321; Vogiatzoglou 2014: 365). Dies gelang ihnen insbesondere durch die Zusammenarbeit mit Akteur*innen der sozialen Bewegungen und aufgrund ihrer distanzierten Haltung gegenüber den Gewerkschaftsdachverbänden (Vogiatzoglou 2014: 365). So rief die Athener Koordination der Basisgewerkschaften im März 2010 zu einer unabhängig vom GSEE organisierten Gewerkschaftsversammlung auf, bei der die Basisgewerkschaften eigenständig Protestaktionen organisierten (Vogiatzoglou 2014: 365). Ihre Kritik an den Gewerkschaftsdachverbänden, deren Rolle in den Krisenprotesten sie für gemäßigt und ineffizient hielten, formulierten die Mitglieder der Basisgewerkschaften in mehreren öffentlichen Erklärungen. Aus einem Treffen von Basisgewerkschaften im April 2010 ging die folgende Erklärung hervor, in der es unter anderem heißt:

»Die gemeinsame Einschätzung aller [versammelten Basisgewerkschaften, Anm. d. Verf.] war, dass die Regierung der PASOK, die EU, der IWF, das Kapital und die Banken, die Krise ausnutzen, um einen Angriff historischen Ausmaßes auf die Arbeiter*innen durchzuführen [...] neue Austeritäts- und Privatisierungsrunden, zehntausende Entlassungen im privaten und öffentlichen Sektor [...] Angesichts dieser barbarischen Attacke, kann die Gewerkschaftsbürokratie von GSEE und ADEDY keine wirkliche kämpferische Perspektive anbieten. GSEE hat wieder mal seine Haltung deutlich gemacht, indem er es nicht mal schaffte, gemeinsam mit ADEDY und anderen Gewerkschaften, den Streik am 22.04. bekanntzugeben. Es ist offensichtlich, dass es nicht seine Intention ist, eine alle Arbeiter*innen umfassende Mobilisierung zu unterstützen, wodurch er effektiv die Regierung bei der Implementierung ihrer Politik unterstützt [...]« (Syntonomos 2010).

Für viele Menschen schien die Rhetorik und die Protestformen der Basisgewerkschaften eine willkommene Alternative zum gemäßigten politischen Kurs der GSEE zu sein. Bald folgten den Aufrufen der Basisgewerkschaften auch »kleine Linksparteien, Studierendenverbände und sogar Nichtregierungsorganisationen (NGO)« (Vogiatzoglou 2014: 365). Schließlich folgten den Protestaufrufen der Basisgewerkschaften mehr Menschen als denen der Gewerkschaftsdachverbände. Auf diese Weise wurden die Basisgewerkschaften zur »treibenden Kraft« (Vogiatzoglou 2014: 365) in den Krisenprotesten 2010, wie auch Sozialwissenschaftler *Spy bestätigt:

»2010, als das erste Memorandum verabschiedet wurde, war gleichzeitig der Beginn großer Mobilisierungen, die in 28 Generalstreiks kulminierten – was eine große Zahl ist. Es gab Streiks ›von unten‹. Die Initiativen kamen nicht von den zentralen, großen Gewerkschaften, sie kamen ›von unten‹. Sie schafften es, den Angriff des Kapitals zu verlangsamen. Aber sie hatten keine praktischen Resultate« (Interview, *Spy, 17.07.2015).

Anders als die Gewerkschaftsdachverbände beschränkten die Basisgewerkschaften ihre Protestformen nicht auf Streiks und Demonstrationen. So besetzten Mitglieder von PAME, die bei den Frühjahrsprotesten ihren gewohnten räumlichen und organisatorischen Abstand zu allen anderen Akteur*innen der sozialen Bewegungen hielten (Kapsalis 2012: 25; Malamatinas 2011: 21), am 4. März 2010 kurzzeitig das Finanzministerium

in Athen (To Vima 2010). Am 30. März 2010 besetzten etwa 150 PAME-Mitglieder zudem kurzzeitig das Arbeitsministerium in Athen, um das »öffentliche Bewusstsein für das Problem der Arbeitslosigkeit zu schärfen«, die »viel größer« zu sein schien, »als die offiziellen Zahlen« zeigten (Ta Nea 2010). Einige weitere kurzzeitige Besetzungen fanden gänzlich ohne die Unterstützung der Basisgewerkschaften statt. So besetzten Angestellte des Innenministeriums während des Generalstreiks am 5. März 2010 kurzzeitig die Staatsdruckerei, um zu verhindern, dass der Gesetzesentwurf für die Reformmaßnahmen gedruckt wird (Protothema 2010a). Andere selbstorganisierte Protestaktionen wurden von einigen Nachbarschaftsversammlungen in Athen initiiert, die Interventionen in Supermärkten und im ÖPNV durchführten, bei denen sie die Bevölkerung über die Krisenmaßnahmen und deren Folgen informierten (Psimitis 2011: 195). Obwohl viele Menschen im Frühjahr 2010 den Aufrufen der Basisgewerkschaften folgten, führten die gewerkschaftlich organisierten Massenmobilisierungen auf der Ebene der institutionellen Politik zu keinen Resultaten. Bei einem EU-Gipfel in Brüssel Ende März 2010 einigten sich die griechische Regierung mit anderen Vertreter*innen der Euro-Länder auf ein sogenanntes »Rettungspaket«⁵ für Griechenland. Dabei wurde beschlossen, Griechenland im Gegenzug für die Umsetzung weiterer Krisenmaßnahmen mit einer Finanzhilfe in Höhe von mehreren Milliarden Euro zu unterstützen. Die Implementierung der Krisenmaßnahmen sollte unter der Beteiligung und Aufsicht des IWF, der Eurogruppe und der EZB stattfinden (European Commission 2010a: 8).

5.2 Krisenpolitik unter eingeschränkter Demokratie

5.2.1 Die Krisenmaßnahmen und ihre rechtswidrige Umsetzung

Am 23. April 2010 beantragte die griechische Regierung offiziell Finanzhilfen und am 2. Mai 2010 einigten sich die internationalen Gläubiger*innen und Griechenland auf die Auszahlung einer Kreditsumme in Höhe von circa 110 Milliarden Euro⁶ (European Commission 2010b: 9). Diese sollte innerhalb eines dreijährigen Zeitraums von Mai 2010 bis Juni 2013 in Tranchen an Griechenland ausgezahlt werden (European Commission 2010b: 9). Das Strukturanpassungsprogramm, das Griechenland im Gegenzug für die Finanzhilfe umsetzen musste, sah dabei insbesondere Maßnahmen im öffentlichen Bereich vor. Konkret handelte es sich um strukturelle Reformen der öffentlichen Verwaltung sowie im Bereich des Steuersystems, des Arbeitsmarktes und des Rentensystems (European Commission 2010a: 19–22). Ziel der Arbeitsmarkt- und Rentenreformen war eine Senkung der öffentlichen Ausgaben und die Deregulierung des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft im Allgemeinen durch ein Programm der »internen Abwertung«⁷ (Wehr

5 Der Begriff »Rettungspaket« wurde von deutschen Zeitungsmedien wie Der Spiegel (2010) zur Bezeichnung der in Griechenland umgesetzten Krisenmaßnahmen verwendet.

6 Etwa 30 Milliarden Euro steuerte der IWF bei und um die 80 Milliarden Euro die Euro-Länder (Roth 2011: 166).

7 Die interne Abwertung ist ein Mittel »zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit« nationaler Ökonomien (Wehr 2011: 72). Sie erfolgt für gewöhnlich durch eine Abwertung der eigenen Währung gegenüber anderen Währungen. Im Falle des EU-Staats Griechenland erfolgte sie durch die

2011: 85; Lanara 2012: 4). Auf diese Weise sollte das griechische Haushaltsdefizit ausgeglichen und die öffentlichen Einnahmen erhöht werden (Vogiatzoglou 2017: 101; Lanara 2012). Am 6. Mai 2010 stimmte das griechische Parlament dem Maßnahmepaket mit eindeutiger Mehrheit von 172 zu 121 Stimmen zu (Malamatinas 2011: 16). Das dazugehörige Kreditabkommen unterzeichnete die griechische Regierung am 8. Mai 2010 (Roth 2011: 166). In diesem Abkommen zwischen Griechenland, dem IWF und den Euro-Ländern waren drei Vereinbarungen enthalten: Erstens der zwischen Griechenland und der Euro-Zone unterschriebene Vertrag über eine Finanzunterstützung, zweitens das zwischen Griechenland und der EK unterzeichnete »*Memorandum of Understanding*«⁸ (MoU) und drittens die zwischen Griechenland und dem IWF unterzeichnete Kreditvereinbarung (Kassimatis 2011: 49). Im MoU waren nicht nur sämtliche umzusetzende Krisemaßnahmen und die dazugehörigen Umsetzungsfristen aufgelistet, sondern auch hohe Kreditzinsen⁹ festgelegt (European Commission 2010a: 59–84). Konkret waren folgende Maßnahmen für den öffentlichen Sektor vorgesehen: Einfrierung von Gehältern und Renten, Lohnkürzungen durch die Reduzierung von Feiertagszuschlägen, Kürzung des 13. und 14. Monatsgehalts, Streichung der Feiertagszuschläge für Rentner*innen, Kürzungen von Höchstrenten, die Erhöhung des Renteneinstiegsalters von 61 auf 63 Jahre, ein Einstellungsstopp, Entlassungen sowie Umwandlungen von Vollzeit- in Teilzeitstellen (European Commission 2010a: 15). Darüber hinaus sah das MoU eine weitere Erhöhung der bereits im Februar 2010 erhöhten Mehrwertsteuer von 21 auf 23 Prozent sowie eine Reduzierung der öffentlichen Investitionen in Höhe von 500 Millionen Euro vor (European Commission 2010a: 59–60).

Die Troika setzte nicht nur voraus, dass diese Krisemaßnahmen »innerhalb eines extrem kurzen Zeitrahmens« sondern auch unter sehr »strengen Bedingungen« umgesetzt werden (Lanara 2012: 3). Sich selbst räumten die Kreditgeber*innen eine fast unbegrenzte Einflussnahme in der Ausgestaltung und Umsetzung der Krisemaßnahmen ein – ungeachtet dessen, dass sie dabei gegen geltende demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien verstießen. Tatsächlich erforderte die Umsetzung der Krisemaßnahmen »eine Suspendierung des Rechts« (Fischer-Lescano 2014: 3), weshalb die Maßnahmen von Anfang an »politisch kaum zu legitimieren« waren (Heise 2012: 225; s.a. Höpner/Rödl 2012). So erfolgte die Ratifizierung des Kreditvertrags am 8. Mai 2010 sowohl auf EU- als auch auf nationalstaatlicher Ebene unter Missachtung von Verfassungs- und Souveränitätsrechten und prozeduralen Mindestanforderungen (Kassimatis 2011). Auf EU-Ebene wurde das Unionsrecht außer Kraft gesetzt¹⁰ (Fischer-Lescano 2014: 3–4). Das

Senkung von Löhnen und Preisen. Auf diese Weise sollte die griechische Wirtschaft international wieder wettbewerbsfähig gemacht werden (Wehr 2011: 169).

- 8 MoU sind von der Troika ausgehandelte bilaterale Abkommen, bei denen sich die verschiedenen Parteien einigen, eine gemeinsame Handlungslinie zu verfolgen. Auf Grundlage von MoU werden verschuldeten Staaten »detaillierte Zeitpläne für Sparmaßnahmen und Strukturreformen« vorgezettzt, die »die betroffenen Staaten erfüllen müssen, um entsprechende Kredittranchen zu erhalten« (Fischer-Lescano 2014: 2).
- 9 Allein 2014 zahlte Griechenland Zinsen in Höhe von circa 400 Millionen Euro an die anderen Euro-Staaten (Rose 2019).
- 10 Die Kreditverträge unterliegen nicht dem EU-Recht, sondern dem britischen Recht, »in dem die Position des Gläubigers besonders stark ausgestaltet ist« (Kritidis 2014: 131).

Kreditabkommen verstieß aber nicht nur auf der Ebene »des EU-Rechts«, sondern auch auf der Ebene »des Völkerrechts« und des »griechischen Verfassungsrechts« gegen elementare demokratische Prinzipien (Kassimatis 2011: 58). Gemäß griechischer Verfassung ist für die rechtliche Gültigkeit internationaler Verträge die Ratifizierung durch das Staatsoberhaupt oder das Parlament¹¹ notwendig. In die Diskussion über das Kreditabkommen wurde das griechische Parlament jedoch nicht miteinbezogen und auch die griechische Bevölkerung wurde über die Ausgestaltung des Abkommens im Vorfeld nicht unterrichtet (Kassimatis 2011: 51). Der Vertrag wurde »ohne öffentliche Diskussion, mit einfacher Mehrheit der Regierungsfraktion gebilligt« (Kritidis 2011: 37). Auch was die Ausgestaltung der Krisenmaßnahmen betraf, besaß Griechenland kein Mitspracherecht, sondern unterlag »der unmittelbaren Kontrolle der Troika« (Chrysogonos 2016: 253; s.a. Kritidis 2014: 138). So hatte Griechenland beispielsweise keine »Möglichkeit, bei den Treffen mit der Troika den Einfluss der Sozialversicherungsreformen auf die Ausweitung von Armut zu diskutieren«, ebenso wenig wie die Auswirkungen der Sozialversicherungsreformen in den Bereichen Steuern, Löhne und Beschäftigung¹² (ILO 2011: 23). Auch was die beschlossenen Arbeitsmarktreformen betraf, wurden diese Griechenland von der Troika bereits fertig vorgesetzt (Kapsalis 2012: 11).

Formal gesehen verabschiedete das griechische Parlament zwar immer noch die Gesetze. Dabei wurde die Rolle des griechischen Parlaments allerdings in sämtlichen von den Maßnahmen betroffenen gesellschaftlichen Bereichen auf eben nur diese exekutive Funktion reduziert, während die legislative Macht auf die Regierungen der europäischen Kernländer übertragen wurde (Wehr 2011: 75). Unter dem Deckmantel der wirtschaftlichen Notwendigkeit und Alternativlosigkeit wurde die griechische Regierung somit in einer Vorgehensweise, die es in der EU vorher nicht gegeben hatte, faktisch entmündigt und musste ihre fiskalische Souveränität an die internationalen Gläubiger*innen und die Kernländer der Eurozone abtreten (Fischer-Lescano 2014: 4; Demirovic 2013: 197). Diese Form des Krisenmanagements, bei der die Handlungs- und Entscheidungsbefugnisse in rechtswidriger Form von der Ebene des griechischen Parlaments auf eine supranationale Ebene verlagert wurden, wurde innerhalb der akademischen und öffentlichen Debatte als »Krisenkonstitutionalismus« (Bieling 2011), »eingeschränkte Demokratie« (Martens 2011), »Neo-Kolonialismus« (Douzinas 2013: 100), »Ausnahmeherrschaft« (Demirovic 2013: 197), »autoritärer Maßnahmestaat« (Kritidis 2014) und »Schuldenkolonie« (Kotzias 2016) bezeichnet.

5.2.2 Verletzung sozialer Grundrechte

Nicht nur die Umsetzung der Krisenmaßnahmen erfolgte unter Umgehung demokratischer und verfassungsrechtlicher Prinzipien, sondern auch die Krisenmaßnahmen selbst zogen Grundrechtsverletzungen nach sich. Diese Folgen widersprachen vehement

¹¹ Die gesetzliche Ratifizierung internationaler Verträge erfordert in Griechenland eine parlamentarische Dreifünftel-Mehrheit, also 180 Ja-Stimmen von Abgeordneten (Kassimatis 2011: 50).

¹² Die EK und die EZB missachteten somit das in Art. 41 GRCh i.V.m. Art. 6 EMRK vorgesehene Recht auf Anhörung und Partizipation (Fischer-Lescano 2014: 24).

den eigentlichen Zielen der Troika. Ihr zufolge sollten die implementierten Krisenmaßnahmen zu »makroökonomischer Stabilität« und einem »nachhaltigen, dauerhaften Wachstum« verhelfen (European Commission 2010a: 8). Anders als von der Troika prophezeit, schienen die Krisenmaßnahmen allerdings zu keinem Wirtschaftswachstum in Griechenland zu führen. Infolge der implementierten Krisenmaßnahmen vertiefte sich die Rezession bereits im dritten Quartal 2010 und die Wirtschaftsleistung schrumpfte 2010 um 4,5 Prozent (European Commission 2010c: 4). Zudem erhöhten sich die griechischen Staatsschulden bis Ende 2010 um 41,8 Milliarden Euro (Polychroniou 2011: 15). Zwischen 2010 und 2015 stiegen sie sogar um mehr als ein Drittel¹³ (Scheunemann 2016: 13). In einem Bericht von 2013 gestand der IWF selbst ein, dass er den Schaden der Krisenpolitik auf die griechische Wirtschaft deutlich unterschätzt habe. So sei die griechische Wirtschaft in eine tiefere Rezession gerutscht, als erwartet (IMF 2013). Auch renommierte Ökonom*innen wie Paul Krugman (2015) und Joseph Stiglitz (2015) haben darauf hingewiesen, dass die Anpassungsprogramme der Troika für die Wiederherstellung einer stabilen Finanz- und Haushaltsordnung ungeeignet sind¹⁴. Neben den desaströsen Auswirkungen der Krisenpolitik auf die griechische Wirtschaft bewirkten die verordneten Lohn- und Rentenkürzungen, der Sozialabbau, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und die öffentlichen Einsparungen vor allem eine dramatische Verschlechterung der Lebenssituation eines Großteils der Bevölkerung (CICOPA 2013: 7). Zu Recht sprachen viele Journalist*innen und Menschenrechtsorganisationen, die sich wenige Jahre nach der Implementierung der ersten Krisenmaßnahmen vor Ort selbst ein Bild von der sozialen Situation verschafften, von einer »humanitären Krise« (Vogiatzoglou 2017: 103; Kouki/Gonzalez 2016: 63; Kioupkiolis/Karyotis 2016: 150) oder gar von »sozialem Genozid« (Scheidler/Chatzistefanou 2014). Auch der IWF (2013) gestand ein, dass die Implementierung der Krisenmaßnahmen in Griechenland eine erhebliche Einkommensungleichheit und eine Verschlechterung der Lebensstandards für die Mittel- bis Niedrigverdiener*innen nach sich gezogen hat. Dabei führten die Maßnahmen nicht nur zu einer Verschlechterung der Lebensverhältnisse, sondern sie verstießen auch gegen grundlegende soziale Rechte,¹⁵ an deren Einhaltung die Unionsorgane durch den Lissaboner Vertrag rechtlich gebunden¹⁶ sind (Kassimatis 2011: 54–57;

¹³ Der Niedergang der griechischen Wirtschaft ist zum einen darauf zurückzuführen, dass von den zwischen Frühjahr 2010 und Sommer 2015 gewährten Kredithilfen in Höhe von 368,6 Milliarden Euro weniger als fünf Prozent tatsächlich in den griechischen Staatshaushalt geflossen sind. Fast die gesamten Kreditbeträge gingen an internationale private Gläubiger*innen und deren Banken im Ausland – vor allem in Deutschland und Frankreich – sowie an griechische Banken (Scheunemann 2016: 14).

¹⁴ Siehe hierzu auch die Beiträge von Ebner (2012), Alderman (2012) und Zirm (2015).

¹⁵ Siehe dazu auch die Urteile 65/2011, 66/2011, 76/2012, 77/2012, 78/2012, 79/2012, 80/2012 des europäischen Ausschusses für soziale Rechte (ECSR).

¹⁶ Der Rechtswissenschaftler Andreas Fischer-Lescano (2014: 8) unterstreicht in diesem Zusammenhang, dass auch wenn der Europäische Gerichtshof (EuGH), den »Anwendungsbereich« der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (GRCh) im Hinblick auf die Krisenpolitik eingeschränkt hat, das nicht bedeutet, dass die Unionsorgane nicht weiterhin »an die unionsrechtlichen Grund- und Menschenrechte gebunden bleiben«.

Fischer-Lescano 2014: 7–8). Einschnitte erfolgten in den Bereichen Berufsfreiheit, Tarifautonomie, Wohnen, soziale Sicherheit, Gesundheit¹⁷ und Bildung (Fischer-Lescano 2014: 17, Chrysogonos 2016: 254).

Besonders deutlich zeigten sich die Rechtsverstöße im Bereich des Arbeits- und Gewerkschaftsrechts (Fischer-Lescano 2014: 17; Höpner/Rödl 2012). Die Internationale Arbeitsorganisation (*International Labour Organization*, kurz: ILO) sprach hierbei von einer offenkundigen Verletzung von arbeitsrechtlichen Prinzipien, welche durch die ILO (2012) festgelegt sind, wie die »Vereinigungsfreiheit« (Übereinkommen Nr.87) sowie das »Vereinigungsrecht« und das »Recht auf Tarifverhandlungen« (Übereinkommen Nr.98). Am Beispiel der Arbeitsmarktreformen zeigt sich deutlich, dass diese nicht bloß öffentlichen Einsparungen dienten, wie von den Massenmedien oft suggeriert wurde. Vielmehr zielten diese Reformen auf eine grundlegende Umstrukturierung arbeitsrechtlicher Institutionen und eine damit verbundene Eindämmung arbeits- und gewerkschaftsrechtlicher Errungenschaften ab (Kapsalis 2012: 12; Lanara 2012: 8). Allein in den ersten zwölf Monaten Krisenpolitik sahen sich die griechischen Gewerkschaften mit über 100 Gesetzesänderungen im sozialpolitischen Bereich konfrontiert (Pedrina 2011: 89–90). Beispielsweise erließ die griechische Regierung am 8. Juli 2010 das Gesetz 3863/2010. Dieses neue Gesetz führte u.a. eine Erhöhung der Arbeitsprobezeit von zwei Monaten auf ein Jahr ein, lockerte den Kündigungsschutz und führte eine Mindestvergütung für Auszubildende zwischen 15 und 18 Jahren ein, die lediglich 70 Prozent des allgemeinen Mindesteinkommens in Griechenland betrug (ILO 2011: 11; European Commission 2010c: 90). Darüber hinaus wurden im Rahmen eines im Dezember 2010 erlassenen neuen Arbeitsgesetzes grundlegende Änderungen in den Tarifregelungen vorgenommen (European Commission 2011a: 32–33). Infolge der neuen Arbeitsgesetze verpflichtete sich Griechenland, nicht mehr den Tarifverträgen auf Branchenebene Vorrang zu geben – so wie es vor der Krisenpolitik gewesen war –, sondern Vereinbarungen auf der Betriebsebene, wobei diese Vereinbarungen »in jedem Betrieb, unabhängig von seiner Größe und der Zahl der Beschäftigten« von individuellen Personen unterzeichnet werden konnten (European Commission 2011a: 33). Für kleinere Betriebe – und das ist die Mehrheit in Griechenland – wurden Anfang 2011 zudem Gesetze eingeführt, die es Arbeitgeber*innen ermöglichen, individuelle betriebsinterne Vereinbarungen mit Personenvereinigungen abzuschließen (Pedrina 2011: 90). Dabei kann jeder Betrieb unabhängig von Bestimmungen auf der nationalen Ebene die Löhne selbst festlegen (European Commission 2011a: 33).

Der rechtliche Vorrang von Tarifverträgen besteht in Griechenland seit 2010 somit nicht mehr. Dagegen hatte Griechenland vor der Implementierung der Krisemaßnahmen »eine der striktesten Beschäftigungsschutzgesetzgebungen« unter den OECD-Mitgliedstaaten (Kretos 2011a: 265). Bis 2010 erhielten Arbeitnehmer*innen in Griechenland hohe Abfindungen und die Mehrheit der öffentlich Beschäftigten war unbefristet beschäftigt. Zudem gab es verschiedene Restriktionen in den Beschäftigungs- und Kündigungsrichtlinien. Ferner waren alle Beschäftigten durch ein von

¹⁷ Im Sommer 2010 wurde das Gesetz 3868/2010 zur Reformierung des Gesundheitssektors erlassen, das Ausgabenkürzungen in Höhe von zwei bis drei Milliarden Euro vorsah, mit der »Priorität«, die Ausgaben für Medikamente zu kürzen (European Commission 2010c: 22).

den Gewerkschaften und Unternehmer*innenverbänden unterzeichnetes kollektives Tarifabkommen geschützt¹⁸ (Kretos 2011a: 265).

5.3 »Wir zahlen nicht für eure Krise« – Die Mai-Ereignisse

Bereits im April zog die Nachricht von weiteren geplanten Krisenmaßnahmen in Griechenland eine Welle von Streiks und Demonstrationen nach sich. Mehrere hunderttausend Beschäftigte aus allen möglichen Berufszweigen beteiligten sich dabei in teilweise 48-stündigen Arbeitsniederlegungen. Dabei war »ein Hagel unterschiedlicher Streikmobilisierungen« auszumachen (Psimitis 2011: 194). Die Gewerkschaftsdachverbände organisierten Generalstreiks, während einzelne Berufsgewerkschaften zu Branchenstreiks aufriefen. Anfang Mai 2010, kurz vor der Ratifizierung des Kreditabkommens, intensivierten sich die Krisenproteste. Zehntausende öffentlich Beschäftigte waren angesichts der bevorstehenden Krisenmaßnahmen von Entlassungen bedroht. Viele Menschen fühlten sich von der Regierung um ihre sozialen Erwartungen betrogen und von den Gewerkschaften im Stich gelassen. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung zeigte sich bei den traditionellen 1. Mai-Demonstrationen durch eine breite Beteiligung von Menschen, die sonst nicht an Demonstrationen teilnahmen. Wie beim Generalstreik am 11. März 2010 kam es auch bei den Großdemonstrationen am 1. Mai 2010 zu Ausschreitungen zwischen der MAT und Demonstrierenden. In Athen griffen einige Demonstrant*innen aus Wut gegen die Regierung den damaligen PASOK-Abgeordneten und ehemaligen Vorsitzenden des Landesparlaments Apostolos Kaklamanis physisch an. Dieser flüchtete während der Demonstration in ein Café und schloss sich dort in der Toilette ein (Psimitis 2011: 195).

Ähnlich wie bei den Frühjahrsprotesten wurden Anfang Mai zudem vereinzelt wieder einige öffentliche Institutionen kurzzeitig besetzt. Die Besetzung des Zentrums für Bildung und Rehabilitation von Blinden (*Kentro Ekpaeidesis kai Apokatastasis Tuflon*, kurz: KEAT) dauerte sogar mehrere Wochen. Sie wurde von Studierenden des Zentrums durchgeführt. Diese protestierten mit ihrer Besetzungsaktion gegen Kürzungen von öffentlichen Mitteln zur Finanzierung des KEAT (TVXS 2010). Bei ihrer Protestaktion wurden die Studierenden durch die Arbeiter*innenvereinigung und die Elternvereinigung des KEAT sowie durch die landesweite Organisation Koordinierungskomitee für den Kampf von Behinderten (*Sintonistiki Epitropi Agona Anapiron*, kurz: SEEAN) unterstützt (TVXS 2010). Eine andere Besetzungsaktion, die viel öffentliche Aufmerksamkeit erregte, war die Besetzung des staatlichen TV-Senders ERT am 3. Mai 2010 durch prekär beschäftigte Lehrkräfte (Protothema 2010b). Die circa 50 Lehrkräfte stürmten am Abend in das Studio des TV-Senders in Athen. Beim Versuch, die Live-Übertragung eines Interviews mit der Bildungsministerin Anna Diamantopoulou zu unterbrechen, wurden sie von der MAT mit Schlagstöcken angegriffen. Den Protestierenden gelang es trotzdem, die Live-Übertragung zu unterbrechen. Zwischen den ERT-Mitarbeiter*innen und den Lehrkräften kam es dabei zu verbalen Auseinandersetzungen, bei denen ein

¹⁸ Zu den Merkmalen der griechischen Gewerkschaftsbewegung vor der Schuldenkrise siehe Kouzis (2007).

ERT-Mitarbeiter die Lehrkräfte entrüstet fragte, ob die Besetzungsaktion denn demokratisch sei, woraufhin die Besetzer*innen in höhnisches Gelächter ausbrachen (ERT Katalipsi 2010). Schließlich gelang es den Protestierenden vor laufender Kamera eine Erklärung vorzutragen, in der sie sich gegen geplante Kürzungen im Bildungsbereich aussprachen. Die Protestierenden warnten darin auch vor den Folgen der Privatisierung im Bildungsbereich und den Entlassungen von tausenden prekär beschäftigten Lehrkräften. Zudem riefen sie die Bevölkerung zur Beteiligung an einer Kundgebung am 4. Mai 2010 gegen die geplanten Bildungsreformen sowie zum Generalstreik am 5. Mai 2010 auf, damit »die Maßnahmen nicht durchgesetzt werden« (ERT Katalipsi 2010). Der TV-Sender ERT, ebenso wie der damalige Regierungssprecher Giorgos Petalotis, verurteilten »den gewalttätigen Angriff« der Lehrkräfte (Protothema 2010b). SYRIZA, die sich öffentlich ebenfalls zur Besetzungsaktion äußerte, bezeichnete diese dagegen als »richtig« (Protothema 2010b).

Am 5. Mai 2010 erreichten die Krisenproteste 2010 ihren Höhepunkt. An diesem Tag fand ein landesweiter Generalstreik statt. Die Beteiligung an dem Generalstreik erreichte Rekordwerte. Allein in Athen beteiligten sich über 200.000 Menschen an einer Demonstration (TPTG 2010b). Viele Aktivist*innen empfanden den Tag als den »Beginn eines neuen Aufstands« im Stile der Dezemberbewegung 2008 (Kaplanis 2010: 216). Die Partizipation an den Streiks lag bei »90 Prozent in den meisten Branchen des öffentlichen Sektors« und bei »100 Prozent in vielen Branchen des Privatsektors« (Psimitis 2011: 195). Menschen mit den unterschiedlichsten ideologischen und sozialstrukturellen Hintergründen nahmen an den Protesten teil (Kaplanis 2010: 216; Psimitis 2011: 195). Vor dem Parlament in Athen riefen Demonstrant*innen: »Wir zahlen nicht für eure Krise« (Mamatinas 2011: 24), »Zig Milliarden für die Diebe«, »Brennt das Bordell ab, das sich Parlament nennt« (Psimitis 2011: 196), »IWF raus« und »Diebe! Das Volk verlangt, dass die Gauner ins Gefängnis gesteckt werden!« (TPTG 2010b). Durch diese Slogans drückten die Demonstrierenden aus, wie sehr sie das Vertrauen in die staatlichen Institutionen verloren hatten. Dabei wiesen sie gleichzeitig jegliche Mitverantwortung für die Staats-schuldenkrise, die ihnen von der Regierung in den letzten Monaten zugewiesen worden war, von sich. Anfang 2010 war die These der damaligen PASOK-Regierung, dass alle zusammen für die Krise verantwortlich waren¹⁹ noch »durchaus auf breite Zustimmung« zugestoßen (Kritidis 2014: 77). Ein Großteil der Bevölkerung hatte Anfang 2010 noch geglaubt, dass die Regierung das Land unbeschadet aus der Krise befördern würde (Aslanidis/Marantzidis 2016: 135). Alternativen zum politischen Kurs der Regierung standen für viele Menschen in Griechenland zu diesem Zeitpunkt außer Frage (Aslanidis/Marantzidis 2016: 134). Laut Umfragen lagen die Popularitätswerte von Papandreou Anfang 2010 bei 72 Prozent und selbst nach der Verabschiedung der ersten Reformmaßnahmen im April 2010 lagen sie noch bei 68 Prozent (Aslanidis/Marantzidis 2016:

¹⁹ Der damalige stellvertretende Ministerpräsident Theodoros Pangalos (2018) sagte in einer öffentlichen Ansprache wortwörtlich: »Wir haben sie zusammen gegessen«. Mit dieser umgangssprachlichen Formulierung bezog sich Pangalos auf die Schulden. Demnach wollte er mit seiner Aussage ausdrücken, dass alle in Griechenland, das Geld zusammen verschwendet hätten. Insbesondere aufgrund des enormen Körperumfangs des PASOK-Politikers sorgte diese Formulierung später für Spott und Hohn innerhalb der Bevölkerung (Kritidis 2014: 77; s.a. Douzinas 2013: 64).

134). Beim Generalstreik am 5. Mai 2010 in Athen zeigte sich deutlich, wie sehr diese Zustimmung zur Regierung und ihrem politischen Kurs inzwischen gesunken war. Ähnlich wie beim Generalstreik am 5. März 2010 wurde der GSSE-Vorsitzende verbal angegriffen und bei einer Ansprache von Protestbeteiligten ausgebuht (TPTG 2010b). Einige Demonstrant*innen versuchten ins Parlament einzudringen, wurden allerdings von Polizeikräften daran gehindert (TPTG 2010b; Psimitis 2011: 196). In Athen und in anderen Großstädten fanden zudem gewaltvolle Auseinandersetzungen zwischen Protestierenden und Polizeikräften statt. Fahrzeuge, darunter ein TV-Übertragungswagen und ein Feuerwehrfahrzeug sowie mehrere öffentliche Gebäude, darunter ein Finanzamt, wurden von Protestierenden in Brand gesetzt (TPTG 2010b).

Schließlich endete die Demonstration in Athen auf tragische Weise, als Unbekannte einen Brandanschlag auf eine Bank im Zentrum von Athen verübt haben. Dabei kamen drei Bankangestellte ums Leben (The Lamia 2010). Als Tatverdächtige des Brandanschlags wurden Personen aus dem Umfeld der A/A-Bewegung festgenommen.²⁰ Während die Massenmedien versuchten, anarchistische Aktivist*innen für den Anschlag verantwortlich zu machen, wiesen viele Aktivist*innen aus dem A/A-Spektrum die Verantwortung für die Todesfälle der Regierung und dem Chef der Marfin-Bank zu. Wie später aus einer öffentlichen Erklärung eines Bankmitarbeiters hervorging, befanden sich zum Zeitpunkt der Demonstration etwa 20 Angestellte in der Bank, weil ihr Vorgesetzter sie dazu gezwungen und ihnen bei einer Streikbeteiligung mit Entlassung gedroht hatte. Die Notausgänge des Gebäudes hatte die Geschäftsführung blockieren lassen.²¹ Die drei bei dem Anschlag ums Leben gekommenen Angestellten erstickten bei dem Versuch, das Gebäude zu verlassen (TPTG 2010b). Der Brandanschlag, der im Umfeld der A/A-Bewegung in Griechenland heute als das Ereignis von Marfin bekannt ist – benannt nach der Bank, auf die der Anschlag verübt wurde – versetzte die sozialen Bewegungen in Griechenland in eine Art Schockzustand (Dreis 2010; The Lamia 2010). Darüber hinaus sorgte der Brandanschlag dafür, dass viele Gruppierungen aus dem A/A-Umfeld begannen, über verschiedene Themen zu reflektieren. Debatten fanden insbesondere darüber statt, ob die Anwendung von Gewalt bei Protesten legitim sei. Auch über das Verhältnis der A/A-Bewegung zur Gesellschaft sowie über Freund*in/Feind*in-Bilder und die Soialisierung von Bewegungs-Neuzuwachs wurde diskutiert (The Lamia 2010; TPTG 2010b; Boukalas 2011: 292–293; Vogiatzoglou 2017: 107). Aus den Debatten der Aktivist*innen gingen einige kritische Stellungnahmen zum Anschlag am 5. Mai 2010 hervor, in denen die meisten Gruppierungen die Verantwortung für den Tod der Bankangestellten nicht völlig von sich wiesen, sondern vielmehr nach den Gründen für die hohe Gewaltbereitschaft von Mitgliedern fragten (Boukalas 2011: 290). Doch trotz der Versuche, sich konstruktiv mit dem Thema auseinanderzusetzen, trug das tragische Ereignis letztendlich

²⁰ 2016 sprach das Strafgericht in Athen zwei Hauptverdächtige frei, weil es »keine Hinweise« auf die Beteiligung der beiden Verdächtigen an dem Brandanschlag gab (Griechenland Zeitung 2016).

²¹ Wie die Griechenland Zeitung (2016) schreibt, wurden 2013 die Filialleiterin, der Chef für Gebäudesicherheit und ein leitender Sachbearbeiter der Marfin-Bank in Zusammenhang mit dem Brand »wegen grober Fahrlässigkeit mit Todesfolge« sowie »wegen Totschlags« verurteilt. Den drei Angestellten »wurde zur Last gelegt, keine Sicherheitsvorkehrungen für den Fall eines Brandanschlags getroffen zu haben«.

zu einem Wendepunkt innerhalb der A/A-Bewegung bei. Die ohnehin zersplitterte Bewegung grenzte sich infolge des Brandanschlags nicht nur voneinander, sondern auch vom Rest der sozialen Bewegungen in Griechenland weiter ab (Malamatinas 2011: 25–26; Boukalas 2011: 293; Vogiatzoglou 2017: 106–107).

5.4 Erschöpfung der Proteste

5.4.1 Zunahme staatlicher Repression

Nach der Demonstration am 5. Mai 2010 sanken die Teilnehmendenzahlen bei Protesten deutlich. An einer Demonstration am 20. Mai 2010 in Athen nahmen nur 40.000 Menschen teil. Dabei wurde der Demonstrationszug von einer unverhältnismäßig großen Anzahl von circa 20.000 Polizeikräften begleitet. Auch an den Generalstreiks am 28. Juni 2010 und am 8. Juli 2010 beteiligten sich nur noch zwischen 10.000 und 20.000 Menschen (Malamatinas 2011: 36). Offensichtlich stand die geringere Partizipation an Protesten in direktem Zusammenhang mit dem Brandanschlag auf die Marfin-Bank (Dreis 2010; TPTG 2010b). Ein weiterer Grund für die Demobilisierung war, dass die Regierung infolge des Brandanschlags ihren Repressionskurs gegen die sozialen Bewegungen, insbesondere gegen die A/A-Bewegung, verschärft hatte (The Lamia 2010; Dreis 2010; TPTG 2010b). Sowohl die Polizeipräsenz als auch die Polizeigewalt bei Protesten nahmen deutlich zu. Es fanden »Massenfestnahmen« statt (Dreis 2010). In Athen durchsuchten Polizeikräfte zudem zahlreiche Sozialzentren. Ein Sozialzentrum wurde dabei stark beschädigt (TPTG 2010b). Begleitet wurde die Verschärfung staatlicher Sicherheitsmaßnahmen von einer Hetzkampagne der griechischen Massenmedien gegen die A/A-Bewegung (Boukalas 2011: 289; TPTG 2010b; Malamatinas 2011: 35).

Dabei richteten sich die Repressionsmaßnahmen nicht nur gegen die A/A-Bewegung, sondern äußerten sich auch durch eine Kriminalisierung von Protest allgemein. So verhängte die griechische Regierung in mehreren Fällen Maßnahmen, um Arbeitsstreiks vorzeitig zu beenden (Dreis 2010). In einigen Fällen drängten die Gewerkschaften, die die Streiks zuvor mitinitiiert hatten, die Beschäftigten dazu, die teilweise mehrere Tage oder sogar Wochen andauernden Streiks zu beenden, um stattdessen zu Verhandlungen mit der Regierung überzugehen (TPTG 2010a: 364–367). Auf diese Weise verfuhren die Gewerkschaften u.a. im Falle des im Juni 2010 stattfindenden mehrtägigen Streiks von Lehrer*innen gegen Lohnkürzungen (TPTG 2010a: 364) sowie im Falle des mehrwöchigen Streiks von LKW-Fahrer*innen gegen die Flexibilisierung des öffentlichen Transports (TPTG 2010a: 365–366). Im letzteren Fall erließ die griechische Regierung zudem eine Zwangsverordnung, die es erlaubte, Streikbeteiligte, sofern diese nicht an ihren Arbeitsplatz zurückkehren, zu verhaften oder ihnen die Lizenz zu entziehen (BBC 2010). Die Risiken einer Verhaftung oder des Verlusts ihrer Lizenz ignorierten die LKW-Fahrer*innen und setzten ihren Streik über mehrere Wochen fort, so dass die Regierung aufgrund der Lieferengpässe, die der Streik verursachte, das Militär gegen die Streikenden einschaltete (TPTG 2010a: 265). Selbst als einige Streikbeteiligte verhaftet wurden, setzte ein harter Kern den Streik noch einige Tage fort, bis dieser im September 2010

unter dem Druck der Regierung und polizeilicher Repressionen schließlich beendet wurde (TPTG 2010a: 266).

5.4.2 Fehlende politische Alternativen und begrenzte Protestrepertoires

Nicht nur aufgrund verschärfter staatlicher Repressionsmaßnahmen erschöpften sich die Krisenproteste ab Sommer 2010 zunehmend, sondern auch, weil es weder den Gewerkschaften und politischen Parteien noch den sozialen Bewegungen in Griechenland gelang, konkrete politische Alternativen zur Krisenpolitik zu formulieren und zu entwerfen (Dreis 2010; Malamatinas 2011: 24–26). Der Widerstand gegen die Krisenpolitik beschränkte sich 2010 vorwiegend auf Generalstreiks und Demonstrationen und einige vereinzelte und kurzzeitige Besetzungsaktionen. Weder zwischen den parlamentarischen Parteien noch zwischen den verschiedenen Akteur*innen der sozialen Bewegungen fand in dieser Zeit eine »wirkliche inhaltliche Zusammenarbeit« statt (Malamatinas 2011: 21; s.a. Kannelopoulos et.al. 2014: 114; Roth 2010: 112). Die parlamentarische Linke beteiligte sich zwar an den Protesten, verfügte darüber hinaus aber über keine politische Programmatik, die mögliche Perspektiven für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen hätte eröffnen können (Malamatinas 2011: 24). SYRIZA beschränkte ihr Programm auf realpolitische Forderungen wie die Einführung einer Reichensteuer, die Verstaatlichung von Banken und die Verfolgung von Steuersünder*innen. Und auch der KKE mangelte es an einer vielversprechenden politischen Agenda. Sie formulierte vor allem Kritik an der Troika, die sie als Hauptverantwortliche für die soziale Misere im Land betrachtete (Malamatinas 2011: 25).

Auch die Gewerkschaften, denen es im Frühjahr und im Mai 2010 gelungen war, hunderttausende Menschen zu mobilisieren, hatten programmatisch kaum mehr als die parlamentarische Linke vorzuweisen. Ihr Protestrepertoire reichte über Generalstreiks fast nicht hinaus (Dreis 2010; TPTG 2010a: 268; Kretos 2011a: 267; Karyoti 2012: 168; Vogiatzoglou 2014: 363). 2010 fanden insgesamt zehn Generalstreiks statt, die auf der Ebene der institutionellen Politik keine praktischen Resultate hatten. Die Krisenmaßnahmen wurden alle vom Parlament angenommen (Vogiatzoglou 2014: 363). Für viele in den Protesten beteiligten Arbeitnehmer*innen, für die die Generalstreiks ohnehin einen »eher symbolischen als praktischen Wert« hatten (Vogiatzoglou 2014: 363), eröffneten die Generalstreiks somit keine wirkliche Perspektive – zumal sie oft »nicht einmal den Forderungen der aktivistischen Gewerkschaften« entsprachen (Karyoti 2012: 167). Z.B. schlügen mehrere Basisgewerkschaften während der Frühjahrsproteste 2010 vor, einen unbefristeten landesweiten Generalstreik durchzuführen (Dreis 2010). Dessen Umsetzung scheiterte nicht nur am »Widerwillen der Gewerkschaftseliten«, sondern auch an den »organisatorischen« Kapazitäten der Gewerkschaftsbewegung, die für eine derart »ressourcenintensive« Mobilisierung notwendig gewesen wären (Vogiatzoglou 2014: 363). Über erhebliche strukturelle und organisatorische Mängel verfügten die griechischen Gewerkschaften bereits vor dem Beginn der Staatsschuldenkrise 2010 (Kretos 2011a: 266, 2011b: 455–456; Kapsalis 2012: 5; Vogiatzoglou 2014: 363–364). Ab Frühjahr 2010 wurde deutlich, welche Folgen diese Unzulänglichkeiten für die Organisierung des gewerkschaftlichen Widerstands gegen die Krisenpolitik hatten. Es gelang den Gewerkschaften nicht, ihre Handlungen und Strategien dem »radikal veränderten

gesellschaftspolitischen Umfeld der Krisenjahre« anzupassen (Vogiatzoglou 2014: 364, s.a. Koutsoumpa 2013). Vor allem versäumten es die Gewerkschaften, die vielen neuen prekären Arbeitnehmer*innen zu repräsentieren und deren »Alltagskampf gegen den Kapitalismus zu unterstützen« (Koutsoumpa 2013). Ihre starren, bürokratischen und unflexiblen Strukturen ermöglichten es den etablierten Gewerkschaften weder einen Großteil der Beschäftigten zu repräsentieren noch alternative Protestformen zu den routiniert durchgeführten Generalstreiks anzubieten (Vogiatzoglou 2014: 363; Kanellopoulos et al. 2017: 108).

Neben strukturellen Mängeln ist der begrenzte Handlungsspielraum der Gewerkschaften auch auf die enge Verflechtung der Gewerkschaften mit dem Staat zurückzuführen. Selbst wenn die Gewerkschaftsdachverbände in den Krisenprotesten 2010 eine maßgebende Rolle in der Organisierung des Widerstands spielten, so bezogen sie von Anfang an dennoch keine klare Position in Hinblick auf die Krisenpolitik. Vielmehr spielten sie »als Bestandteile des dominanten Systems politischer und sozialer Repräsentation« eine »fragwürdige Rolle« (Kanellopoulos et.al. 2017: 115). Dass die Gewerkschaftsdachverbände der griechischen Regierung gegenüber einem versöhnlichen und kompromissbereiten Kurs einnahmen, lässt sich vor allem damit begründen, dass die Organisierung der Generalstreiks und Demonstrationen 2010 zum Großteil der Kontrolle der Panhellenischen Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter*innen (*Panellinia Agonistiki Syndikalistikī Kinisi Ergazomenon Ptolemaidas*, kurz: PASKE) unterlag. Diese steht der damals regierenden PASOK nahe (TPTG 2010a: 268; s.a. Kapsalis 2012: 23; Kanellopoulos et al. 2017: 104, 108).

Die enge Verflochtenheit mit dem Staat führte sogar dazu, dass der GSEE und der ADEDY in mehreren Fällen versuchten, Arbeitsstreiks zu verhindern, so z.B. im Falle eines Streiks von Hochschullehrkräften im Juni 2010 sowie im Falle eines Streiks von Metro-Angestellten im Juli 2010 (TPTG 2010a: 264, 268). Der Hochschullehrer und Aktivist *St bestätigt den Eindruck, dass die Gewerkschaftsdachverbände sich in den Krisenprotesten nicht wirklich als Verbündete der sozialen Bewegungen erwiesen:

»Die vorwiegend gewerkschaftlich organisierten Kämpfe wurden zerschlagen oder wurden absorbiert, weil die Führung der Gewerkschaftsbewegung nicht wirklich im Interesse der Kämpfe handelte, sondern mehr oder weniger mit der dominanten politischen Macht verbunden war« (Interview, *St, 01.04.2015).

Im Gegensatz zum GSEE und zum ADEDY gelang es PAME über Aufrufe zu Generalstreiks hinaus eine Vielzahl an Streiks auf der Branchenebene zu organisieren (Interview, *Ar, 13.02.2013). PAME beteiligte sich zudem in der Organisierung von Hafenblockaden und kurzzeitigen Besetzungen von Ministerien (Malamatinas 2011: 36). Dabei stellte PAME allerdings sicher, dass die Proteste sich nicht radikalierten bzw. außerhalb der eigenen Kontrolle gerieten (TPTG 2010a: 269). So war auch die Aktionsreichweite von PAME, ähnlich wie die vom GSEE und vom ADEDY, durch »politische Verbindungen« zu politischen Parteien eingeschränkt (Karyoti 2012: 168). Durch die 2010 eingeführten Gesetzesänderungen im Bereich des Arbeitsrechts wurde der begrenzte Handlungsspielraum der Gewerkschaften zusätzlich eingeschränkt. Infolge der Krisenpolitik wurde es für die Gewerkschaften sehr schwierig, zugunsten der Interessen von Ar-

beitnehmer*innen zu handeln. Die Repräsentation der Arbeitnehmer*inneninteressen erschwerete sich insbesondere dadurch, dass zwischen der Regierung und den Gewerkschaften kaum noch Verhandlungen stattfanden (Kapsalis 2012: 9). Die Gewerkschaften fanden sich in dem »Dilemma« wieder, den Lohn- und Sozialkürzungen zustimmen zu müssen, womit sie sich gegen die Bedürfnisse und Interessen der Arbeitnehmer*innen stellten (Kapsalis 2012: 15). Welche Folgen der gemäßigte Kurs der Gewerkschaftsdachverbände auf deren Verhältnis zu den Arbeitnehmer*innen hatte, zeigen die Ergebnisse einer Meinungsumfrage von 2011, in der weniger als zehn Prozent der Befragten angaben, »dass sie Vertrauen in die Gewerkschaftsführung hätten« (Vogiatzoglou 2014: 363).

5.5 Showdown im Dezember – Die Massenmobilisierungen am Jahresende

Nachdem sich für mehrere Monate deutlich weniger Menschen an Protesten beteiligt hatten, erhöhte sich die Partizipation an Generalstreiks und Demonstrationen Ende des Jahres 2010 wieder. Zurückzuführen ist der Anstieg der Mobilisierungen auf eine Reihe von Krisenmaßnahmen, die zwischen Dezember 2010 und Februar 2011 umgesetzt wurden. Neben Einsparungen im Gesundheitssystem, einer 30-prozentigen Erhöhung von Ticketpreisen für öffentliche Verkehrsmittel und einer Erhöhung der Steuer auf Lebensmittel, Tabak und Heizöl sollten weitere Arbeitsmarktreformen eingeführt werden (European Commission 2011c). Vielen öffentlich und privat Beschäftigten drohten durch die neuen Arbeitsmarktreformen Lohnkürzungen sowie Entlassungen (Dreis 2011). Diese sollten zu einem weiteren Anstieg der ohnehin gestiegenen Gesamtarbeitslosigkeit führen. Im Dezember 2010 lag die Gesamtarbeitlosenrate bereits bei 14,5 Prozent (European Commission 2010c: 4). Angesichts der bevorstehenden Reformen nahmen am jährlichen Gedenkmarsch am 17. November weitaus mehr Menschen als üblich teil. Allein in Athen beteiligten sich circa 60.000 Menschen an der Gedenkdemonstration (Diani/Kousis 2014: 391). Dabei kam es zu Ausschreitungen, bei denen circa 100 Menschen festgenommen wurden (Malamatinas 2011: 38). Um ein Eskalieren der Proteste am Jahrestag der Ermordung von Alexis Grigoropoulos zu vermeiden, verhängte die griechische Regierung im Vorfeld der Demonstrationen am 6. Dezember 2010 den staatlichen Ausnahmezustand (Dreis 2011). Noch bevor die landesweiten Gedenkmärsche stattfanden, durchsuchten Spezialeinheiten der Polizei die Wohnungen von Aktivist*innen in Athen und in der Kleinstadt Agrinio. Sechs Menschen wurden dabei festgenommen, weil sie unter Verdacht standen, der Untergrundgruppe Verschwörung der Feuerzellen (*Synomosia Pyrinon tis Fotias*, kurz: SPF) anzugehören und weil sie verdächtigt wurden, in Verbindung mit dem 6. Dezember, einen Anschlag zu planen (Malamatinas 2011: 39). Trotz Protestverboten nahmen am 6. Dezember 2010 allein in Athen circa 30.000 Menschen an der Gedenkdemonstration teil (Diani/Kousis 2014: 391). Dabei kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Demonstrierenden und Polizeikräften, bei denen Hunderte festgenommen wurden (Dreis 2011; Malamatina 2011: 39).

Vereinzelt fanden im Dezember 2010 zudem Streiks einzelner Berufsbranchen statt, wie der Streik von Hafenarbeiter*innen und der Streik von Angestellten der staatlichen Eisenbahn. Angestellte des Kulturministeriums besetzten in Reaktion auf Sozialkürzungen sogar kurzweilig die Akropolis (Malamatinas 2011: 40). Darauf hinaus fanden ei-

nige Generalstreiks statt, die mit Blick auf die Teilnehmendenzahlen ähnliche Rekordwerte erreichten wie die Generalstreiks im Frühjahr 2010. So nahmen am 15. Dezember 2010 allein in Athen mindestens 200.000 Menschen an einer Demonstration teil (Diani/Kousis 2014: 391). Angaben des GSEE zufolge lag die Streikbeteiligung in vielen Branchen bei 90–100 Prozent (Dreis 2011). Ebenso wie bei den Gedenkmärschen am 17. November und am 6. Dezember kam es auch beim Generalstreik am 15. Dezember zu Auseinandersetzungen zwischen Demonstrant*innen und der Polizei. Dabei wurden Polizeifahrzeuge in Brand gesetzt und das Finanzministerium in Athen mit Molotowcocktails attackiert. Selbst ein Oppositionspolitiker der ND, der fast einstimmig gegen die Beschlüsse der Regierung gestimmt hatte, wurde von Demonstrant*innen attackiert – so groß war die Wut vieler Protestbeteiligter auf die Repräsentant*innen der institutionellen Politik. Und selbst einige Regierungsglieder lehnten die Krisenmaßnahmen inzwischen ab. So stimmte der PASOK-Abgeordnete Evangelos Papachristos im Vorfeld der neuen Regierungsbeschlüsse gegen den Regierungsentwurf, woraufhin er aus der Partei ausgeschlossen wurde (Dreis 2011).

5.6 »Ich zahle nicht« – Direkte Aktion gegen die Folgen der Krisenmaßnahmen

Obwohl die Beteiligung an Demonstrationen und Streiks Ende des Jahres wieder anstieg, konnten diese die Umsetzung der Reformen nicht verhindern. Insbesondere die Erhöhung von Strom-, Gas-, Benzin- und Lebensmittelpreisen wirkte sich unmittelbar auf das Alltagsleben eines Großteils der mittleren und unteren Einkommensschichten aus. In Reaktion auf die sozialen Folgen der Krisenmaßnahmen und die Ineffizienz von Generalstreiks und Demonstrationen tauchten in Griechenland Anfang 2011 vermehrt neue Formen des Protests auf. Diese wurden weitgehend ohne die Unterstützung von Parteien und Gewerkschaften organisiert. Sie zeigten im Gegensatz zu Generalstreiks und Demonstrationen, zumindest was die Minderung der sozialen Folgen der Krisenpolitik betraf, eine sofortige Wirkung.

In Athen organisierten von Lohnkürzungen betroffene Metro-Angestellte im Januar 2011 Boykottaktionen gegen die erhöhten Ticketpreise im ÖPNV. Dabei klebten die Angestellten die Ticketautomaten zu. Auch auf Kreta und in Thessaloniki fanden direkte Aktionen gegen erhöhte Fahrpreise statt und schon bald weiteten sich die Boykottaktionen auf andere von Preissteigerungen betroffene Bereiche aus, wie die Stromversorgung und die Mautgebühren. Initiiert wurden die Aktionen gleich von mehreren Akteur*innen der sozialen Bewegungen, nämlich von PAME, Mitgliedern der A/A- Bewegung und von der Bürger*inneninitiative »Ich zahle nicht« (»*Den Plirono*«) (Dreis 2011; Kritidis 2011: 38). *Den Plirono* wurde 2008 in Reaktion auf die Mautpflicht ins Leben gerufen. Ende der 2000er Jahre blockierten Mitglieder der Initiative aus Protest zahlreiche Mautstellen im ganzen Land, damit Autofahrer*innen kostenlos die Schranken passieren konnten. Ab Frühjahr 2010 beteiligte sich *Den Plirono* zunächst an sämtlichen Demonstrationen gegen die Krisenmaßnahmen. Im Winter 2010, als die sozialen Folgen der Krisenpolitik für einen Großteil der Bevölkerung im Alltag immer deutlicher zu spüren waren, begann die Initiative schließlich, ihre Boykottaktionen aus den Vorjahren auf verschiede-

ne Bereiche wie Wohnen, Elektrizität, Wasser, Gesundheit und Bildung auszuweiten. Unter dem Motto: »Wir zahlen nicht für eure Krise« (Den Plirono 2010) rief *Den Plirono* die Bevölkerung dazu auf, neben Mautgebühren, eine im Rahmen der Krisenmaßnahmen neu eingeführte Praxis- und Krankenhausgebühr sowie eine neu eingeführte Eintrittsgebühr an Privatstränden zu boykottieren.²² Besonders signifikant waren dabei Aktionen zur eigenständigen Wiederherstellung von Strom in Privathaushalten. Aufgrund einer im Herbst 2011 eingeführten Sonderimmobiliensteuer, die in der Stromrechnung mit enthalten war (Douzinas 2013: 98), konnten »350.000 Haushalte [...] innerhalb eines Jahres« ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen, weshalb *Den Plirono* »den Strom in vielen Haushalten« wiederherstellte (Den Plirono 2015a).

Auf die ab Anfang 2011 sich vervielfältigenden Boykottaktionen von *Den Plirono* reagierte die griechische Regierung, indem sie Maßnahmen zur Kriminalisierung der Initiative unternahm und einige Mitglieder von *Den Plirono* festnehmen ließ (Athens News 2011). Darüber hinaus setzte die Regierung bei den Autobahnblockierungen eine Großzahl an Polizeikräften ein und verschärfe die Ticketkontrollen im ÖPNV. Neben *Den Plirono* initiierte auch PAME ab Herbst 2011 Boykottaktionen gegen die neu eingeführte Sondersteuer. U.a. organisierte die Gewerkschaftsorganisation »eine riesige Kampagne«, in deren Rahmen sie die Menschen dazu aufforderte, die neue Sondersteuer nicht zu bezahlen und somit die Stromzahlungen zu boykottieren (Interview, *Ar, 13.02.2013). Dabei erwirkte PAME durch ihre Aufrufe, dass »Millionen Menschen nicht zahlten« (Interview, *Ar, 13.02.2013). Auch für den Fall, dass bei Nichtzahlen der Steuer, den Haushalten der Strom abgestellt wurde, sorgte PAME vor. So organisierte sie Demonstrationen und blockierte die Büros der öffentlichen Stromgesellschaft (*Dimosia Epichirisi Ilektrismou*, kurz: DEI), damit »die Elektrizität wiederhergestellt wird« (Interview, *Ar, 13.02.2013). All diese Boykottaktionen zeigten eine sofortige Wirkung, weshalb sie innerhalb der Bevölkerung auf eine breite Zustimmung stießen. Was Generalstreiks und Demonstrationen nicht bewirkt hatten, nämlich die Folgen der Krisenmaßnahmen zu mildern, gelang mithilfe der Boykottaktionen. Insbesondere *Den Plirono*, deren Gründermitglied *Il traditionelle Widerstandsformen wie Demonstrationen und Generalstreiks für wenig effektiv hält (Informelles Gespräch, *Il, 22.06.2017), führte über einen Zeitraum von mehreren Jahren eine große Zahl verschiedener Boykottaktionen durch. Ihr undogmatischer und inklusiver Charakter machte die erst wenige Jahre bestehende Initiative für viele Menschen in Griechenland attraktiv. Anders als PAME, die der KKE nahesteht, versteht sich die noch heute bestehende (Stand: 2025) Initiative *Den Plirono* als parteienunabhängig. Gründungsmitglied *Il zufolge sei es keiner Partei gelungen, die Initiative zu infiltrieren, auch wenn SYRIZA das versucht hätte (Informelles Gespräch, *Il, 22.06.2017). Einen möglichen Zusammenschluss mit der Partei Volkseinheit (*Laiki Enotita*), eine im August 2015 gegründete Abspaltung von SYRIZA, lehnte *Den Plirono* ab²³ (Alfavita 2015). Ideologisch gesehen lässt sich *Den Plirono* zwar der politischen Linken

22 Informationen zu den verschiedenen Boykottaktionen finden sich auf der Internetseite von *Den Plirono*: <https://denplirono.wordpress.com>.

23 Dabei haben *Den Plirono* und *Laiki Enotita* programmatisch gesehen einiges gemein. Insbesondere das Ziel einer Annulierung der Staatsschulden verbindet die beiden.

zuordnen. Dabei ist es der Initiative allerdings wichtig, offen gegenüber anderen Akteur*innen der sozialen Bewegungen zu bleiben und sich nicht abzuschotten. Eine Kooperation mit rechtsradikalen und nationalistischen Gruppierungen lehnt sie allerdings ab (Informelles Gespräch, *Il, 22.06.2017).

Als politisch unabhängiges Projekt ist *Den Plirono* in hohem Maße selbstorganisiert. Was ihre Organisierungsweise betrifft, so ist die landesweite Initiative über drei »Organne« organisiert, erstens über »die offenen Versammlungen des Kampfkomitees«, zweitens über »die Mitgliederversammlungen« und drittens über das »Koordinierungskomitee« (*Den Plirono* 2016). An den offenen Versammlungen können Mitglieder und Nicht-Mitglieder gleichermaßen teilnehmen, wobei alle Teilnehmende das gleiche Stimmrecht besitzen. Entscheidungen werden per Mehrheit getroffen (*Den Plirono* 2016). Die offenen Versammlungen finden regelmäßig statt und werden auf lokaler Ebene organisiert. Bei den offenen Versammlungen werden aktuelle Probleme diskutiert und Protestaktionen organisiert (Informelles Gespräch, *Il, 22.06.2017). Die Mitgliederversammlung, an der nur feste Mitglieder teilnehmen können, findet einmal pro Jahr statt. In der Mitgliederversammlung wird jedes Jahr über die Zusammensetzung des Koordinierungskomitees abgestimmt. Das Koordinierungskomitee ist das Repräsentationsorgan der Initiative. Es setzt sich aus de*r Präsident*in, de*r Vizepräsident*in und de*r Generalsekretär*in zusammen und ist »verantwortlich für die Implementierung der Entscheidungen der Mitgliederversammlung« und »für die Verwaltung« der Initiative (*Den Plirono* 2016). *Den Plirono* finanziert sich ausschließlich über Mitgliedsbeiträge und private Spenden.

Mitglied *Il schätzt die Zahl der Anhänger*innen landesweit auf circa 1000 und die Zahl der festen Mitglieder auf circa 100 (Stand: 2017) (informelles Gespräch, *Il, 22.06.2017). Mitglied kann werden, wer in Griechenland »lebt oder arbeitet« (*Den Plirono* 2016). Neue Mitglieder haben zwei Monate nach ihrer Aufnahme in die Initiative, das Recht, zu wählen sowie in »jede Position innerhalb der Struktur« von *Den Plirono* gewählt zu werden (*Den Plirono* 2016). Zu den Aufgaben der Mitglieder gehört es, die Entscheidungen der Initiative umzusetzen, deren »Programm und ihre Positionen« zu fördern, die »demokratische Funktion« der Initiative zu verteidigen und sich an den Protestaktionen von *Den Plirono* zu beteiligen (*Den Plirono* 2016). Neben ihrem politisch offenen Charakter und ihrem hohen Ausmaß an Selbstorganisation sorgte auch die besonders zielgerichtete Programmatik von *Den Plirono* dafür, dass viele von den Krisenmaßnahmen betroffenen Menschen die Aktionen der Initiative begrüßten. Dabei forderte *Den Plirono* nicht nur ein Ende der Krisenpolitik, sondern versuchte den Menschen bewusst zu machen, dass nicht sie, sondern die griechische Regierung und die Troika die Verantwortung für die Krise tragen. So heißt es in einer im Frühjahr 2010 veröffentlichten Erklärung der Initiative:

»Sie [die griechische Regierung und die Gläubigerinstitutionen, Anm. d. Verf.] bombardieren uns mit der Krise. Sie erzählen uns vom ›nationalen Interesse‹ [...] Wer hat die ›Krise‹ geschaffen? Beamte*innengehälter, die Renten und das Arbeitslosengeld? Vielleicht die 700-Euro-Generation? Wen betrifft die Krise? Ist die Krise ein Thema der Arbeiter*innen? Warum sollten die Arbeiter*innen die Krise des Kapitalismus als gesellschaftliche Krise akzeptieren und Verantwortung für sie übernehmen? ...WIR ZAHLEN NICHT FÜR IHRE KRISE! Wir zahlen Nichts! [...] Wir werden kein Ticket für öffentliche

Verkehrsmittel bezahlen, weil wir das Recht haben, nicht zu bezahlen, um zur Arbeit zu gehen. Wir fordern den kostenlosen Transport von Arbeiter*innen. Wir werden die Maut jetzt nicht bezahlen, weil wir schon genug für Nationalstraßen bezahlt haben und nicht diejenigen sind, die sie privatisiert haben. Wir werden jetzt keine Gemeindesteuer zahlen, weil wir für diese Dienstleistungen viel ohnehin vom Staat besteuert werden [...] Wir lehnen Sparmaßnahmen [...] ab. Wir fordern kostenlose öffentliche Bildung, Gesundheit, Versicherung, Kultur für alle. Wir fordern eine bedarfsgerechte Reduzierung der Arbeitszeit und der Löhne [...] Wir rufen jede*n Arbeiter*in, jede*n Mitbürger*in auf, überall eine Initiative zu entwickeln, um Fronten in diese Richtung zu bilden. In Nachbarschaften, Schulen, Arbeitsplätzen. Lasst uns alle zusammen koordinieren und eine Kampf- und Gegenangriffsfront gegen den Angriff des Kapitals bilden. So werden wir gewinnen! ›Ich zahle nicht! [...]‹ (Den Plirono 2010).

An so mancher Stelle mag die Rhetorik von *Den Plirono* populistisch klingen. Doch vielleicht aus eben diesem Grund erreichte die inklusive Sprache von *Den Plirono* besonders viele Menschen in der Gesellschaft. Darüber hinaus gelang es *Den Plirono* mit Formulierungen wie »Wir zahlen nicht für eure Krise« bei vielen von der Krisenpolitik betroffenen Menschen ein Gefühl der Würde und der Selbstermächtigung zu wecken, was sicherlich mit dazu beitrug, dass sich ab Anfang 2011 in der Gesellschaft in Griechenland zunehmend ein neues kollektives Bewusstsein in Hinblick auf die Verantwortung für die Krise ausbreitete. Dabei ging es *Den Plirono* nicht nur darum *blaming* zu betreiben und auch nicht darum, kurzzeitige Lösungen in Hinblick auf die Folgen der Krisenpolitik zu finden. Laut ihrer Satzung möchte die Initiative die Gesellschaft grundlegend verändern. Durch ihre Aktionen möchte sie langfristig den Menschen einen »freien Zugang« zu allen »öffentlichen, sozialen Gütern, die für ein Leben in Würde notwendig sind« verschaffen (*Den Plirono* 2016). Auch wenn der Weg zur gesellschaftlichen Transformation für *Den Plirono* vor allem über die Selbstorganisation führt (Informelles Gespräch, *II, 22.06.2017), versuchte die Initiative 2012, gesellschaftliche Veränderungen auf der institutionellen Ebene der Politik herbeizuführen,²⁴ indem sie bei den Parlamentswahlen im Mai 2012 als Partei kandidierte. Allerdings gelang es ihr nicht, die nötigen drei Prozent für den Parlamentseintritt zu überschreiten (*Den Plirono* 2015b). In Ihrem Wahlprogramm sprach sie sich für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen aus. Zu ihren Forderungen gehörten u.a. der Erlass der Staatschulden und der Privatschulden, die Verstaatlichung der Banken, der Schutz der Arbeitnehmer*innenrechte, ein gerechtes Steuersystem, ein kostenloses öffentliches Gesundheits- und Bildungswesen und die freie Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel (Protothema 2012).

Zwischen 2014 und 2019 protestierte *Den Plirono* vor allem gegen Zwangsversteigerungen von Privateigentum, darunter Wohnungen, Häuser, Land und Kleinbetriebe. Die Mitglieder und Anhänger*innen der Initiative trafen sich dazu regelmäßig vor den Auktionsräumen im Gericht in Athen, wo sie laut gegen die Auktionen protestierten, bis die-

²⁴ Ihre grundsätzliche Abneigung gegenüber der parlamentarischen Politik drückte *Den Plirono* unter anderem in einer Erklärung zu den Parlamentswahlen im September 2015 aus. So heißt es in der Erklärung: »Die dauerhafte Position von *Den Plirono* ist, dass Wahlen die Gesellschaft nicht verändern, sondern lediglich die Verwalter*innen der Macht« (*Den Plirono* 2015b). In der gleichen Erklärung distanziert sich *Den Plirono* insbesondere von SYRIZA, die sie für opportunistisch hält.

se abgebrochen wurden. Die Polizei schritt dabei nie ein, was, wie Mitglied *Il vermutet, an der großen Zahl der Protestierenden lag. Durch ihre Protestaktionen rettete *Den Plirono*, laut Mitglied *Il, tausende Häuser und Wohnungen vor der Zwangsversteigerung (informelles Gespräch, *Il, 22.06.2017). Seit 2019 finden weniger Protestaktionen von *Den Plirono* statt, was u.a. mit dem repressiven Vorgehen der aktuellen Regierung unter der ND gegen Proteste zusammenhängt. Seit Ende der 2010er Jahre finden Zwangsversteigerungen von Privateigentum zudem vermehrt in digitaler Form statt, was vermutlich ein weiterer Grund dafür ist, dass der analoge Protest in den Gerichtsgebäuden kaum noch stattfindet.

5.7 »Die Schlacht von Keratea« - selbstorganisierter Widerstand gegen staatliche Repression

Ab Ende 2010 erregte eine Protestbewegung, aufgrund ihrer Persistenz, Intensität und gesellschaftlichen Reichweite, viel öffentliche Aufmerksamkeit in Griechenland. Sie entstand zwar nicht in Reaktion auf die Krisenmaßnahmen, stellte aber dennoch eine Reaktion auf die im Rahmen der Krisenpolitik zunehmende staatliche Repression dar. In Keratea, einem Vorort von Athen, protestierten die Einwohner*innen seit dem 11. Dezember 2010 gegen den Bau einer Mülldeponie (Linksunten 2010; Dreis 2011; Garizo 2011). Schon Jahre zuvor, hatte die griechische Regierung beschlossen, eine Müllanlage in dem Ort zu errichten, ohne sich dabei mit den Einwohner*innen abzusprechen oder mögliche Alternativen in Erwägung zu ziehen (Douzinas 2013: 98). Die Einwohner*innen von Keratea lehnten den Bau der Mülldeponie ab, weil dieser Gesundheitsrisiken beinhaltete. Darüber hinaus befürchteten die Einwohner*innen eine Abwertung und Gefährdung der Region, in der sich auch archäologische Stätten befinden (The Guardian 2011; Garizo 2011; Kathimerini 2011).

Vier Monate, von Dezember 2010 bis April 2011, dauerte »die Schlacht von Keratea« (Garizo 2011), in deren Rahmen die Keratea-Einwohner*innen täglich Widerstand gegen den Bau der Müllanlage und gegen die von der Regierung entsendete MAT leisteten. Buchstäblich jede*r Einwohner*in von Keratea beteiligte sich an den Protesten, »vom Bürgermeister bis hin zum Ortspriester, den Ladenbesitzer*innen, Landwirt*innen, Lehrer*innen und Jugendlichen« (Garizo 2011). Um den Protest zu unterstützen, reisten neben Aktivist*innen aus dem A/A-Umfeld (Linksunten 2010; Garizo 2011; Kritidis 2014: 77) auch Mitglieder von *Den Plirono* aus Athen an (*Den Plirono* 2011). Bereits in den ersten Tagen errichteten die Protestbeteiligten Straßenblockaden und lieferten sich Straßenschlachten mit der MAT. Vermummte Jugendliche waren dabei nicht die einzigen, die Steine und Molotow-Cocktails nach Polizist*innen warfen. Viele ältere Protestteilnehmende beteiligten sich ebenfalls an den Riots (Garizo 2011; The Guardian 2011). Die MAT reagierte mit Tränengas und Wasserwerfern und ging mit aller Härte gegen die Protestierenden vor. So verletzte die MAT bei einer Demonstration, bei der ein Polizeibus in Brand gesteckt wurde, zahlreiche Protestbeteiligte und nahm mehrere von ihnen fest.

Den Bürgermeister von Keratea prügelte die MAT sogar bewusstlos (Linksunten 2010). Neben Riots und Demonstrationen organisierte die Protestbewegung weitere

selbstorganisierte Aktionen. So besetzten aus der Region stammende Schüler*innen am 13. Dezember 2010 ihre Schulen (Linksunten 2010). Mitte Dezember 2010 versuchte die Gemeinde von Keratea zudem auf formalem Wege eine Lösung zu finden, indem sie einen »Gegenvorschlag zur Abfallentsorgung« einreichte (Garizo 2011). Diesen lehnte die griechische Regierung allerdings ab (Garizo 2011; Dreis 2011). Gemeinsam mit lokalen Behörden legten die Anwohner*innen daraufhin Berufung vor Gericht ein (Kathimerini 2011). Obwohl das Gericht am 16. Dezember 2010 einen temporären Baustopp anordnete, fuhr die Regierung mit ihren Bauplänen fort (Dreis 2011; Linksunten 2010; Kathimerini 2011). Daraufhin intensivierten sich die Proteste über die Weihnachtstage. In öffentlichen Stellungnahmen verkündeten die Protestierenden, dass sie ihre Straßenblockaden notfalls bis Ostern fortsetzen würden (Kathimerini 2011).

In den folgenden vier Monaten fanden fast täglich Proteste gegen den Bau der Müllanlage statt. Am Straßenrand errichteten Protestierende eine mit »Kampagnen-Postern, Zeitungsausschnitten und Kinderzeichnungen« beklebte Holzhütte, die als »Hauptquartier« der Protestbewegung diente (Garizo 2011). Jeden Abend versammelten sich hunderte Menschen in der Holzhütte, um die Proteste zu organisieren, um über Umweltthemen zu diskutieren und um »Rezepte für Molotow-Cocktails« auszutauschen (The Guardian 2011). Die Protestierenden errichteten Straßenblockaden, verbrannten Baumaschinen und lieferten sich Straßenschlachten mit der MAT. Insbesondere ab Frühjahr 2011, als die Arbeiten zum Bau der Deponie begannen, kam es regelmäßig zu physischen Auseinandersetzungen zwischen den Einwohner*innen und der MAT. Zahlreiche Protestierende wurden dabei festgenommen und verletzt (Kathimerini 2011; Garizo 2011; Douzinas 2013: 98). Trotzdem ließen sich die Protestierenden von der Polizeigewalt nicht einschüchtern und setzten ihren radikalen Protest fort. Im März 2011 setzten Protestierende einen Polizeistützpunkt in Brand (Contra-Info 2011). Im April 2011 blockierten die Einwohner*innen zudem wochenlang Hauptstraßen im Umland, um die Arbeiten zum Bau der Mülldeponie zu behindern. Schließlich zahlte sich der lange Atem der Protestbewegung aus. Mit der Unterstützung einer großen landesweiten Solidaritätsbewegung gelang es der Bevölkerung von Keratea schließlich einen Baustopp zu erwirken (Garizo 2011; Douzinas 2013: 98; Kritidis 2014: 77). Zwei Monate später fanden sich viele Einwohner*innen von Keratea erneut zum Protest auf der Straße ein – diesmal im Rahmen der Besetzung des Syntagma-Platzes in Athen (Douzinas 2013: 99).

5.8 (K)»Ein Tahrir-Platz in Griechenland« – erste Debatten über Platzbesetzungen

Im Februar 2011 fanden einige themenspezifische Proteste statt, die zwar nicht in direktem Bezug zu den Krisenprotesten standen, vor deren Hintergrund sich aber dennoch – ähnlich wie vor dem Hintergrund der Keratea-Proteste und »Ich zahle nicht«-Aktionen (Douzinas 2013: 99) – »neue Subjektivitäten« des Widerstands herausbildeten (Douzinas 2013: 98). So traten im Februar 2011 in Athen 300 Asylsuchende aus Nordafrika in einen über 40-tägigen Hungerstreik. Während des Streiks besetzten die Protestierenden die Rechtsfakultät der Universität Athen, die sie bis zum Ende des Streiks nicht verließen. Bedeutend war in dieser Zeit vor allem die Solidarität mit den Hungerstreik-

kenden. Als die Polizei das Hochschulgebäude nach über einem Monat räumte, stieß sie auf zahlreiche solidarische Aktivist*innen aus dem A/A-Spektrum und dem Umfeld der außerparlamentarischen Linken. Mitglieder der Protestbewegung von Keratea, die im Februar 2011 für eine politische Vortragsveranstaltung nach Athen reisten, statteten den Hungerstreikenden einen Solidaritätsbesuch ab (Contra-Info 2011). Letztendlich führte der Hungerstreik der Geflüchteten zu einem Teilerfolg. Die Streikenden erhielten vorerst eine sechs Monate gültige Duldung mit Aussicht auf Verlängerung (Douzinas 2013: 145; Kritidis 2014: 77). Parallel zum Hungerstreik fanden im Februar 2011 Demonstration und Boykottaktionen von *Den Plirono* statt. Dabei riefen einige Beteiligte einer Demonstration in Athen im Februar 2011 dazu auf, sich nicht mit der Demonstration zufrieden zu geben, sondern dauerhaft öffentliche Plätze im Land zu besetzen. Unter ihnen befand sich auch der damalige Vorsitzende von SYNASPISMOS, Alekos Alavanos, der die Demonstrant*innen zur Besetzung des Syntagma-Platzes vor dem griechischen Parlament aufforderte (Griechenland Zeitung 2011). Inspiriert waren die Aufrufe insbesondere von der zu dieser Zeit stattfindenden Platzbesetzung des Tahrir-Platzes in Ägypten (Interview, *Chr, 06.03.2013). Ein Mitbegründer der Platzbewegung 2011 erzählt, wie er bei der Demonstration im Februar 2011 ebenfalls für eine Besetzung öffentlicher Plätze in Griechenland plädierte:

»Ja, eigentlich war ich einer der wenigen Menschen, die sich für einen Tahrir-Platz in Griechenland aussprachen. Ich nahm an den »Ich zahle nicht«-Kampagnen gegen die Autobahngebühren teil, in der ›Woche des Ungehorsam‹ von der ›Ich zahle nicht‹-Bewegung gegen die Erhöhung der Fahrkartenpreise im öffentlichen Verkehr. Das war die erste Februarwoche 2011. Zu dieser Zeit gab es einige Aufrufe, weil gleichzeitig einige Generalstreiks stattfinden. Und da waren einige Aufrufe, dass wir bleiben sollten [auf den Plätzen, *Anm. d. Verf.*]. Es war genau zu der Zeit, als der Tahrir-Platz stattfand und der ganze Arabische Frühling begonnen hatte. Und wir sagten: ›Wir müssen am Syntagma-Platz bleiben, nicht mit dem Generalstreik gehen. Wir müssen vor dem Parlament bleiben und wir brauchen einen Tahrir-Platz in Griechenland‹« (Interview, *Chr, 06.03.2013).

Trotz Aufrufen kam es in Griechenland im Februar 2011 zu keinen Platzbesetzungen. Einem späteren Mitglied der Platzbewegung zufolge empfand es die Mehrheit der Akteur*innen der sozialen Bewegungen in Griechenland als unangebracht, eine derart drastische Protestform in einer westlich-liberalen Demokratie durchzuführen:

»98 Prozent der Linken, Anarchist*innen, was auch immer aus der antagonistischen Bewegung in Griechenland, von den Reformist*innen bis hin zu den Revolutionär*innen, sagten: ›Ach, das ist Schwachsinn. Hier ist keine dritte Welt, wir haben keine Diktatur, wir haben kein autoritäres Regime, auch wenn es schlecht ist, ist es unangebracht einen Tahrir-Platz in Griechenland zu kreieren. Warum sagten sie das? Meiner Meinung nach, weil sie das Thema um den politischen Kampf unterschätzten, ein sehr klares politisches Ziel zu haben, wer verantwortlich ist, für was passiert. Das ist der zweite Grund. Der erste Grund ist, dass sie glaubten, dass ihr Diskurs darüber, was Griechenland war, sie glaubten, dass Griechenland voll modernisiert, ein voll europäi-

siertes Land war. [...] sie dachten, dass sie die Mittelschicht waren.« (Interview, Chr, 06.03.2013).

Während sich somit viele Aktivist*innen in Griechenland im Februar 2011 noch gegen die Besetzung öffentlicher Plätze aussprachen, wurde Griechenland wenige Monate später von landesweiten Platzbesetzungen erfasst. Mehr dazu in Kapitel 6.

5.9 Fazit

In diesem Kapitel wurden die Krisenproteste zwischen Februar 2010 und Februar 2011 analysiert. Diese richteten sich gegen die ersten beschlossenen und implementierten Krisenmaßnahmen sowie gegen die Zunahme staatlicher Repression infolge der Krisenpolitik. Anders als die Dezemberproteste 2008 wurden die Proteste in dieser Periode zu einem Großteil von den Gewerkschaftsdachverbänden, der parlamentarischen Linken sowie von Basisgewerkschaften organisiert. Dabei ist die breite gesellschaftliche Beteiligung an den Generalstreiks und Demonstrationen insbesondere auf die Initiativen der Basisgewerkschaften zurückzuführen. Diesen gelang es vor allem viele prekär Beschäftigte zu mobilisieren, die zu einem Großteil weder gewerkschaftlich noch parteilich organisiert waren. Darüber hinaus unterstützten die Basisgewerkschaften im Frühjahr und im Mai 2010 auch eine Reihe von kurzzeitigen Besetzungen öffentlicher Institutionen. Während die gesellschaftliche Beteiligung an Generalstreiks und Demonstrationen in der ersten Jahreshälfte 2010 sehr hoch war, sank sie in der zweiten Jahreshälfte 2010 zunächst wieder. Die Gründe für die Demobilisierung der Proteste sind zum einen auf den Brandanschlag während des Generalstreiks am 5. Mai 2010 und eine damit verbundene Verschärfung staatlicher Repressionsmaßnahmen gegen die sozialen Bewegungen zurückzuführen. Darüber hinaus kann die geringere Beteiligung an den Krisenprotesten insbesondere auf die mangelnde Fähigkeit politischer Parteien und Gewerkschaften zurückgeführt werden, politische Alternativen zur Krisenpolitik aufzuzeigen. Insbesondere das begrenzte Protestrepertoire der Gewerkschaften sowie deren versöhnliche Haltung gegenüber der institutionellen Politik führten dazu, dass viele Protestbeteiligte die institutionalisierten Protestakteur*innen als wenig effizient im Widerstand gegen die Krisenmaßnahmen betrachteten und sich in der zweiten Jahreshälfte 2010 seltener an den Generalstreiks und Demonstrationen beteiligten. Erst zur Jahreswende 2010/11 nahm die Partizipation an Generalstreiks und Demonstrationen wieder zu. Dabei war der Anstieg der Protestbeteiligung eine Reaktion auf weitere Krisenmaßnahmen, die die Regierung zwischen Dezember 2010 und Februar 2011 umgesetzt hatte. Anfang 2011 entstanden neue Protestformen, die weitgehend ohne die Unterstützung der Gewerkschaften und Parteien durchgeführt wurden. Neben dem selbstorganisierten Widerstand der Keratea-Bewohner*innen fanden verschiedene in hohem Maße selbstorganisierte Boykottaktionen statt. Diese stießen innerhalb der Gesellschaft auf eine breite Zustimmung, weil sie im Gegensatz zu Generalstreiks und Demonstrationen in Hinblick auf die Folgen der Krisenpolitik, sofortige Lösungen lieferten. Diese Boykottaktionen können auch als eine Kritik an den traditionellen Protestformen gelesen werden, die einige Akteur*innen der sozialen Bewegungen mit der Forderung äußerten, das Protestrepertoire über

Generalstreiks und Demonstrationen auszuweiten und öffentliche Plätze dauerhaft zu besetzen. Motiviert war ihre Forderung durch die zeitgleich stattfindende Besetzung des Tahrir-Platzes in Ägypten.

